Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 19. Januar 2011, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 1/2011

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion
2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Petra Biel
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied Gruppe BASU/Tholen
Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied "Die Linke"
Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernent
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Protokollführerin
Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Peter Müller

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 6

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

4.1	Antrag Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman auf Verbot des Umschlags radioaktiver Stoffe über die Wilhelmshavener Häfen	**500/2011**
4.2	Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung	**501/2011**
4.3	Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2011 in Stuttgart - Benennung von Abgeordneten und Gästen	**3/2011**
4.4	Entsendung von vier Vertretern in die Trägerversammlung des Jobcenters	**10/2011**
5	Unterausschuss "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schmidt gab bekannt, dass Frau Ober-Bloibaum sowie Herr Westerman seit dem 01.01.2011 Mitglieder der BASU seien. Der Gruppenname laute deshalb nun „Gruppe BASU/Tholen“.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Für die Durchführung einer „aktuellen Stunde“ wurden keine Punkte beantragt.

4 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

4.1 Antrag Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman auf Verbot des Umschlags radioaktiver Stoffe über die Wilhelmshavener Häfen **500/2011**

Herr Tjaden brachte folgenden Antrag der Gruppe BASU/Tholen ein und begründete diesen anschließend:

„1. Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird aufgefordert gemeinsam mit dem Land eine Teilentwidmung der Wilhelmshavener Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Informationen über aktuelle Transporte mit radioaktiven Stoffen auf dem Wilhelmshavener Stadtgebiet beim Bundesinnenministerium einzuholen und auf Grundlage dieser Informationen einen Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen aufzustellen und umzusetzen.“

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Hellwig** legte **Herr Tjaden** die Gründe für den vorliegenden Antrag dar: Zum einen solle der Ratsbeschluss aus dem Jahr 1988 näher präzisiert werden, zum anderen erwarte man Auskunft von Seiten der Verwaltung zu diesem Thema.
Nach ihm vorliegenden Auskünften habe der bisherige Ratsbeschluss keinerlei Auswirkungen, da der Rat in einem solchen Verfahren ohnehin kein

Mitspracherecht besitze. Auch das Land könne nicht eingreifen, sondern lediglich Stellung nehmen. Der Antrag diene dazu, Möglichkeiten zu finden, die Stadt bei derartigen Transporten auszusparen.

Herr Neumann erklärte, der Ratsbeschluss von 1988 besitze sehr wohl noch Gültigkeit und sei allen relevanten Stellen bekannt. „Atomtransporte“ seien ausdrücklich nicht gewollt und würden im Bedarfsfall verhindert.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass die Stadt in einem solchen Fall keine Handhabe besitze, um einen Transport zu verhindern. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, um alle Möglichkeiten zu nutzen, die zum Ziel – Vermeidung von „Atomtransporten“ – führten.

An der weiteren Diskussion über die Umsetzbarkeit eines solchen Beschlusses beteiligten sich neben **Herrn Tjaden** die **Herren Dr. Graul** und **Dr. von Teichman**.

Der Antrag wurde bei Ja-Stimmen der Gruppe BASU/Tholen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Janssen **mehrheitlich abgelehnt**.

4.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung **501/2011**

Herr Dr. von Teichman beantragte für die FDP-Fraktion:

„Der Rat möge beschließen:

Die Geschäftsordnung des Rates wird wie folgt geändert:

1. *§ 2 (Tagesordnung)*
   Es wird ein Abs. 4 angefügt, der folgenden Wortlaut hat:
   „Die Feststellung der Tagesordnung durch den Rat erfolgt jeweils getrennt im öffentlichen und nicht-öffentlichen Teil“

2. *§ 22 (Verwaltungsausschuss)*
   In Abs. 1 wird nach Satz 2 eingefügt:
   „Unterbricht der Rat seine Sitzung, um dem Verwaltungsausschuss Gelegenheit zu geben, einen Antrag oder eine Beschlussvorlage vorzubereiten, so entfällt eine Landungsfrist““

Aufgrund der Beratungen des Verwaltungsausschusses brachte er zudem einen **Änderungsantrag** mit folgendem Wortlaut ein:

Zu 1.: Der Antragsteil wird zurückgezogen

Zu 2. Es soll folgende Formulierung gelten:
In Abs. 1 wird nach Satz 2 eingefügt:
„Unterbricht der Rat seine Sitzung, um dem Verwaltungsausschuss Gelegenheit zu geben in dringlichen Fällen gem. § 41 Abs. 3 Satz 3 NGO einen Ratsbeschluss vorzubereiten, so entfällt eine Ladungsfrist.““

Herr Stoffers erklärte, die Verwaltung habe keine Bedenken gegen die neue Formulierung, da diese nun rechtlich einwandfrei sei.

Der **Antrag der FDP-Fraktion** in der aktuellen Version:

„§ 22 (Verwaltungsausschuss)
In Abs. 1 wird nach Satz 2 eingefügt:
„Unterbricht der Rat seine Sitzung, um dem Verwaltungsausschuss Gelegenheit zu geben in dringlichen Fällen gem. § 41 Abs.3 Satz 3 NGO einen Ratsbeschluss vorzubereiten, so entfällt eine Ladungsfrist.““

wurde daraufhin **einstimmig angenommen**.

4.3 Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2011 in Stuttgart - Benennung von Abgeordneten und Gästen **3/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 17.01.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Oberbürgermeister Menzel und Herr 1. Bürgermeister Langen nehmen als Abgeordnete der Stadt Wilhelmshaven an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03. bis 05. Mai 2011 in Stuttgart teil.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten als Gäste an der Hauptversammlung teilnehmen.

4.4 Entsendung von vier Vertretern in die Trägerversammlung des Jobcenters **10/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 17.01.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird ermächtigt, die vier zu entsendenden Vertreter der Stadt in die Trägerversammlung des Jobcenters zu benennen.

Die Verwaltung benennt auch die Stellvertreter der Entsandten.

5 Unterausschuss "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

5.1 Bericht des Unterausschusses

Herr Neumann berichtete kurz über die aktuellen Themen des Unterausschusses: Zum einen habe sich der Unterausschuss vom Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Neugebauer, über den Stand der Verkaufsverhandlungen für das Parkhaus, den Schlachthof und den Flugplatz unterrichten lassen und die Gestaltung der Beteiligungsberichte thematisiert, die nach Auffassung des Ausschusses mehr Transparenz in die Abläufe der Gesellschaft bringen müssten.
Zum anderen sei mit dem Geschäftsführer der WTF, Herrn Kiesbye, über die Notwendigkeit der Mitgliedschaften der Stadt in der Ostfriesland Tourismus GmbH sowie in der Nordsee GmbH diskutiert worden. Trotz der hohen Mitgliedsbeiträge könne die Stadt auf diese Einrichtungen aufgrund ihrer Werbewirkung nicht verzichten.

5.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Unterausschusses

Beschlüsse wurden nicht gefasst.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde waren nicht eingereicht worden.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Martin bezog sich auf den Antrag der Gruppe BASU/Tholen bezüglich der Atomtransporte, Tagesordnungspunkt 4.1. Anhand von Beispielen verschiedener norddeutscher Hafenstädte verdeutlichte er, dass anderenorts scheinbar bereits Aktivitäten zur Verhinderung von Atomtransporten aufgenommen worden seien. In diesem Zusammenhang bat er um Mitteilung, aus welchem Grunde der Ratsbeschluss von 1988 nicht ausgeführt worden sei.

Herr Dr. Graul verwies dazu auf seine zum Antrag gemachten Ausführungen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

gez.	gez.	gez.
Schmidt Ratsvorsitzender	Menzel Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin